Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und die Ausgabestellen entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklamezeile 90 Goldpfennige, amtliche Zeile 35 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt Aue und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 31 — Mittwoch, den 6. Februar 1924 — 19. Jahrgang

Das Rätsel des 9. November 1923.

Die Haltung des Generalstaatskommissars v. Kahr am 9. November des vergangenen Jahres ist immer noch nicht geklärt. Vollkommenes Dunkel schwebt auch über der Frage, ob er wirklich am Anfang bereit gewesen ist, den Putsch mitzumachen und ob er erst dann, als Gefahr im Verzug war, umgeschwenkt ist. Der „Vorwärts" veröffentlicht nun einen Brief eines Hitlerofiziers namens Goetze, Kommandeur der 3. Kompagnie des 1. Hitlerbataillons, den dieser an einen Gesinnungsfreund gerichtet haben soll. Dieser Brief wirft ein merkwürdiges Licht auf diese ganze Angelegenheit, wenn er auch noch nicht geeignet ist, die strittige Frage vollkommen zu klären. Goetze schreibt:

„Um 9 Uhr 10 Minuten abends (9. November) wird von Esser die vollendete Revolution vom Bürgerbräu verkündet und sofortiges Abrücken dahin angeordnet. Mit fliegenden Fahnen und schmetternder Musik geht es, unterstützt von tosendem Jubel, durch die Stadt. Tausende treten ein, und ich habe in 3./1. Bataillons-Orte. Unterwegs ruft mich Befehl zum Regimentsführer. Mit versiegelter Order soll ich im St. Annenkloster antreten, die Straßen sichern und auf Befehl warten. Ich rücke also ab und sperre die Straßenzüge, wie befohlen, ab, gehe zu dem Kapuzinerkloster-Prior und übergebe befehlsgemäß das versiegelte Schreiben. Der öffnet, liest und begrüßt mich stürmisch, führt mich durch endlose, lange Kellergänge, durch Grabstätten und Katakomben an eine Mauer und sagt:

„Hier lassen Sie öffnen!" Ich lasse Leute mit Pickel und Schaufel kommen, breche eine 1½ Meter starke Mauer auf und — habe vor mir ein Riesengewölbe mit, wie sich später ergab, 8750 tadellosen Gewehren.

Sie wegzutransportieren, war zunächst unmöglich, da mir, trotz meiner 420 Mann, keine genügende Anzahl dazu übrig blieb. Auf Anforderung bekam ich drei Kompagnien von „Oberland" unterstellt und 14 Lastwagen mit Anhängern. Nun gab es ein herrliches Bild! Durch endlose Gänge und zwei Stockwerke (unter der Erde) wurden nun die Gewehre durch Reihen von Mann zu Mann gereicht durch Gänge und Treppen bis auf die Straße zu den Lastwagen. Lautlos ging alles! An Loch, aus dem die Gewehre geholt wurden, standen Kapuzinermönche mit Pechfackeln, und drinnen arbeiteten, schweißüberströmt, meine Leute. Es war ein unvergeßliches Bild.

Von wem nun waren die Gewehre? Von der E. W. und der schriftliche Befehl, diese Gewehre zu holen, war unterzeichnet: Dr. v. Kahr!!! (E. W. ist Einwohnerwehr.)

Also, er hat uns zuerst noch bewaffnet! Und wenn er später behauptete, er hätte uns entwaffnet, so muß es heißen, er hat einen Teil seiner Gewehre wiedergeholt; denn von uns hatte keiner eine eigene oder der Partei gehörige Waffe dabei. Wir arbeiteten rasend, und doch dauerte es bis morgens um 4 Uhr 30 Min., bis das letzte Gewehr verladen war. Die drei Oberland-Kompanien ließ ich abrücken, legte 3./1. auf die Wege schußbereit und rasselte mit 14 Wagen durch die Stadt, trotz der späten oder frühen Stunde jubelnd begrüßt. Am Ziel angekommen, erhielt ich Befehl, mit neuen sechs Wagen und der Kompanie Mühlen zu holen. Diese bekam ich in der „Dresdner Bank" aus den Stahlkammern, die nicht weniger als 3200 Kisten enthielten und ganze Keller ausfüllten. Meine Wagen mußten viermal fahren, bis alles weg war. Ich fuhr mit 3./1. mit dem letzten Wagen weg zum Bürgerbräu, wo wir hundemüde um 8 Uhr vormittags antamen und sofort sehr anständig verpflegt wurden. Der ganze Keller war ein riesiges Heulager. Die Infanterieschule rückte geschlossen mit allen Offizieren an und trat in die Reihen ein. Teile der Reichswehr (I. B. 4. R. 1. 19) kamen mit Waffen. Autos aller Art, Fahrzeuge kamen, von auswärts kamen Leute auf Autos mit M.G., Minenwerfern, Geschützen usw. Wie ich durch ein Nebenzimmer gehen will, treffe ich auf Posten, die nur Offiziere dort einließen. Ich ging hinein und wollte mich halb totlachen, wer war da drin? 58 Juden, größtenteils in Unterhosen und Socken, wie sie aus dem Bett geholt wurden. Kein Kleidungsstück durften die Hunde mitnehmen! Ein Geschrei haben sie an sondergleichen! Als sie keine Ruhe gaben, zog ich scherzeshalber die Pistole, worauf Grabesruhe herrschte, und nur Herr Josefssohn vom Hotel Königshof ächzte: „Bitte, Herr Major, lassen Sie mitteilen meiner Frau, daß es mir geht nicht schlecht, und daß ich lebe." Ich lachte ihm ins Gesicht, und sagte im Weggehen, daß ich das nicht könne, denn soviel ich wüßte, begännen die Erschießungen in einigen Minuten."

Diesem Belastungsmaterial gegen Kahr läßt Goetze eine ausführliche Schilderung des Zusammenstoßes der Hitlergardisten mit der Reichswehr und Sipo folgen. Wiederholt beteuert er, daß er und seine Leute, ebenso aber auch die andern Kompanien von edlen Rösl, Lossow und Lohrs bez. Seissers nicht das Geringste geahnt haben. Erst am nächstfolgenden Mittag um 12 Uhr seien 60 Mann Sipo mit aufgepflanztem Gewehr zur Ludwigsbrücke vorgerückt, die jedoch „Prügel bezogen" und restlos entwaffnet wurden. Trotzdem habe kein Mensch etwas von dem „zwischenzeitlich erfolgten hundsföttischen Verrat gewußt. Goetze fährt u. a. fort:

„Nun geht es vorwärts und ich biege mit dem ersten Glied der ersten Gruppe von der Perusastraße auf den Max-Josefs-Platz in die Residenzstraße, die dort beginnt, ein, als ein wahnsinniges Prasseln von Geschossen losgeht. . . . Tatsache ist, daß auf unsere friedlich kommende Truppe, die eben den Gesang anstimmen wollte, ohne jede Warnung rücksichtslos von der Ludwigstraße, Feldherrnhalle und aus der Residenz heraus geschossen wurde, daß deutsche Soldaten, deutsche Offiziere auf ihren höchsten Feldherrn, auf unsere Kolben schwarz-weiß-roten Fahnen feuerten. So lang die Residenzstraße ist — Mann an Mann im Blut. Ich reiße mich zusammen und gehe vor, da rasseln die Blutbunde Stahrs, Lossows und Seissers mit aufgepflanzten Bajonetten daher und sperren alles ab. Mit Panzer und Lastautos kamen die Blutbunde und entwaffneten unsere Leute, sogar die Uniformen rissen sie ihnen herunter . . . Heute gibt es in München keine Kommunisten und Sozis mehr, alles steht in eisernem, trotzigen Abwehrwillen gegen Kahr und seine Schergen."

Soweit dieser Brief. Die Frage drängt sich einem bloß immer wieder auf: Kann man diesem Briefe trauen? Liegt diesem Schreiben irgend ein Betrug zugrunde? Ist der ganze Brief gefälscht? Arbeiten hier Goetze oder irgend jemand unter diesem Namen mit dem „Vorwärts" zusammen?

Denn die Völkischen hassen den Generalstaatskommissar bis auf den Tod. Vielleicht könnte sogar der Schluß des Briefes Verdacht erregen, in dem der Adressat um Nachricht gebeten wird, ob er „diese Zeilen gut" erhalten habe. —

Die Münchener Zeitung schreibt: Mit der Veröffentlichung dieses Briefes, mögen die Einzelheiten seines Inhalts nun den Tatsachen entsprechen oder nicht, erfüllt der Vorwärts alle Voraussetzungen des Landesverrats, und zwar nicht nur vom Standpunkte Bayerns, sondern auch von dem des Reiches aus. Es ist deshalb anzunehmen, daß der Inhaber der vollziehenden Gewalt im Reich, bez. der Oberreichsanwalt, hier nach dem Rechten sehen wird.

Gewiß ist es keine wahrscheinliche Maßnahme, jetzt unmittelbar vor dem Beginne des Prozesses ein solches Schreiben der Oeffentlichkeit zu unterbreiten. Aber gerade die Kahr-Presse hat keinen Anlaß, von Landesverrat zu sprechen, wo unter Kahrs Augen einer frei herumläuft, der vom Reiche gesucht wird: Ehrhardt! Denn für Ehrhardt kennt die Münchener Zeitung keinen Oberreichsanwalt.

Hoffen wir, daß der am 18. Februar in München beginnende Hochverratsprozeß gegen Hitler und Ludendorff in das Dunkel, das auch dieser Brief nicht zu erhellen vermochte, endlich Licht bringt!

Schacht vor dem Währungsausschusse der Sachverständigen.

Dienstag vormittag trat der Währungsausschuß des ersten Sachverständigenausschusses wiederum zu einer Sitzung zusammen, an der auch der Reichsbankpräsident Dr. Schacht teilnahm. Später begaben sich die Mitglieder des Untersuchungsausschusses mit Dr. Schacht in das Finanzministerium, wo die Beratungen beim Finanzminister Dr. Luther fortgesetzt wurden.

Der Unterausschuß für Budgetfragen setzte ebenfalls seine beabsichtigten Arbeiten fort. Er hatte eine Besprechung mit den Staatssekretären Fischer und Schröder, sowie mit dem Ministerialdirektor Popitz vom Reichsfinanzministerium. Bei diesen Beratungen stand im Vordergrund des Interesses der deutsche Geldetat.

Keine Unstimmigkeiten in den Sachverständigenausschüssen.

Als seinerzeit die Sachverständigenausschüsse in Berlin ihre Arbeit aufnahmen, wurde in der Oeffentlichkeit darauf hingewiesen, daß die Berichterstattung sich lediglich auf die Ausgabe kurzer amtlicher Berichte erstrecken, im übrigen aber Geheimhaltung der Beratungen streng durchgeführt würde. Man sollte daher alle über die Sitzungen auftauchenden Privatnachrichten mit größter Vorsicht aufnehmen. Nun ist bereits der Umstand eingetreten, daß besonders aus dem Auslande Meldungen über die Tätigkeit der Ausschüsse gegeben werden, die geeignet erscheinen, größte Unstimmigkeiten hervorzurufen. Blätter aus England und Frankreich wissen zu berichten, daß die Tätigkeit der Ausschüsse teilweise erheblichen Hemmungen ausgesetzt sei. Außerdem finden sich in den Berichten krasse Widersprüche.

Unter diesen Umständen erscheint es notwendig erneut darauf hinzuweisen, daß die Geheimhaltung, die seitens aller Beteiligten versprochen worden ist, bisher auch durchgeführt wurde, mithin diese Sensationsmeldungen jeder tatsächlichen Grundlage entbehren. Man geht fernerhin nicht fehl, wenn man aus diesen Meldungen die Schlüsse zieht, daß hier Kräfte am Werk sind, die das bisher gepflegte gute Einvernehmen zwischen den Ausschüssen und den deutschen Sachverständigen zu trüben versuchen.

Demgegenüber muß festgestellt werden, daß bis jetzt die Verhandlungen einen durchaus befriedigenden Verlauf nehmen und daß die Zusammenarbeit sich erfreulich gestaltete. Ueber das Endergebnis kann selbstverständlich zur Stunde noch nichts gesagt werden, da alle Verhandlungen noch im vollen Gange sind.

Die Wohltätigkeitsbemühungen Deutschlands von England anerkannt.

Das englische Büro für Ruhrinformation, dessen Vizepräsident der englische Innenminister Henderson ist, tritt in einer Veröffentlichung vom 30. Januar der im Ausland von interessierter Seite verbreiteten Auffassung entgegen, daß man in Deutschland an ausländische Hilfsbereitschaft appelliere, ohne selbst Maßnahmen zur Linderung der Not zu treffen. Die englische Veröffentlichung gibt die von der Engländerin Mrs. K. D. Courtney in Deutschland angestellten Ermittlungen wieder. Im Gegensatz zu der Behauptung, daß Deutschland keine Selbsthilfe übe, heißt es in dem englischen Bericht, daß von deutscher Seite eine ungeheure Anstrengung sowohl von öffentlicher wie von privater Seite gemacht werde, um eine fast grenzenlose Not zu lindern. In jeder Stadt habe die Stadtverwaltung Notküchen eingerichtet, in denen Tausende von Bedürftigen um einen geringen Preis oder umsonst ihre oft einzige Tagesmahlzeit erhalten. Wärmehallen seien eingerichtet worden, in denen Obdachlose und solche Leute, die den Betrag für die Heizung ihrer Wohnräume nicht mehr aufbringen könnten, Unterkunft fänden. Wohlfahrtsausschüsse seien allenthalben mit gutem Erfolg organisiert, um kinderreichen Familien zu helfen. Die Zahl der Menschen, die von der öffentlichen deutschen Wohlfahrtspflege abhängig sei, wäre aufsehenerregend. Ein Mitglied des Verwaltungsausschusses der amerikanischen Hilfsaktion habe berechnet, daß etwa ein Viertel der Berliner Bevölkerung von diesen Wohlfahrtseinrichtungen Gebrauch mache, während in Hamburg die Stadtverwaltung abgesehen von anderen Hilfeleistungen, für mehr als 10000 Tagesmahlzeiten sorge. Noch erstaunlicher sei das Ausmaß der deutschen freiwilligen Hilfsleistungen. Das Gesamtgewicht der deutschen Liebesgabensendungen würde auf 4200 Tonnen im Monat geschätzt. Außerdem würden von der deutschen Landbevölkerung 250000 Stadtkinder für eine Dauer von sechs Monaten kostenlos aufgenommen und verpflegt. Der Bericht kommt zu dem Schluß, daß der Vorwurf, daß das Land nichts tue, um der Stadt zu helfen, einfach nicht wahr sei.

England — Rußland — Italien.

Aus London berichtet man, daß sich schon jetzt, wenige Tage nach der Anerkennung Sowjetrußlands durch England die Schattenseiten dieses überhasteten Vorgehens zeigen. Als geradezu blamabel für Macdonalds Regierungskünste wird es angesehen, daß die Moskowiter der englischen Regierung erst Ende der Woche eine Antwort auf die Anerkennung zugehen lassen wollen, da sie augenblicklich mit der Regelung der durch den Tod Lenins geschaffenen Verhältnisse zu stark beschäftigt seien. Man macht es der englischen Regierung von seiten der Opposition zum Vorwurfe, daß sie nicht so viel Scharfblick besaß, daß Sowjetrußland die Anerkennung nur zu einem diplomatischen Ränkespiel benutzen würde. Das Moskauer Spiel wird auch durch die Tatsache beleuchtet, daß der Abschluß des Vertrages mit Mussolini, der am Montag erfolgen sollte, eine unerwartete Verzögerung erfahren hat. Offenbar hat die Sowjetregierung bei den Verhandlungen mit Italien nur deswegen alles mögliche zugesagt, um die englische Regierung zu beschleunigter Anerkennung Rußlands zu bewegen. Nachdem dieses Ziel erreicht worden ist, zeigt Rußland keine Eile mehr, den Vertrag mit Rom zu vollziehen. Gleichzeitig scheinen auch von englischer Seite in Rom Bedenken gegen den italienisch-russischen Vertrag vorgebracht worden zu sein. So meldet „Daily Telegraph", daß bestimmte schiffahrtstechnische Fragen des Vertrages einen Verstoß gegen die Abmachungen zwischen England, Frankreich und Italien im Haag und in Genua darstellten, wonach keiner der Alliierten versuchen sollte, von Rußland Zugeständnisse zu verlangen, die die Rechte und Ansprüche der anderen Alliierten beeinträchtigen könnten. Daß den Bolschewisten viel daran liegt, unter Umständen eine europäische Macht gegen die andere ausspielen zu können, liegt auf der Hand.

Der italienisch-russische Vertrag noch nicht unterzeichnet.

Der Vorsitzende der russischen Delegation in Rom Jordanski überreichte gestern im Palais Chigi eine Note, in der er erklärte, er könne den italienisch-russischen Vertrag nicht unterzeichnen wegen des Regierungswechsels infolge des Todes Lenins. In Rom ist man der Ansicht, man wolle in Moskau erst einmal abwarten, wie sich die Lage im Anschluß an die Anerkennung der Sowjetregierung durch England gestaltet.

Römische diplomatische Kreise stehen unter dem sensationellen Eindruck der russischen Unterschriftsverweigerung im Augenblick, da der Vertrag auf den Tisch